

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter und Postboten, unsere Ausleger u. jeder Zeitbestellung entgegennahme, Freitag od. Samstag kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Nachsendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Geschäftsstelle, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich ein Ersatz auf Verlegung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Nachsendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 79 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 3. April 1933

## Ein Wille in Reich und Ländern.

Das Wahlergebnis vom 5. März war an sich schon denkbar eindeutig. Noch niemals, seitdem das deutsche Volk mittels der Stimmabgabe über die politische Gestaltung der öffentlichen Gewalt zu urteilen und zu entscheiden hatte, ist ein so klares Urteil, eine so unzweifelhafte Entscheidung gefällt worden. Wenn demzufolge auch bei der Beschlussfassung über die Fortsetzung der Reichsregierung, ihr alle Vollmachten zum Wiederaufbau Deutschlands nach außen und innen zu geben, bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im Reichstag alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie zustimmten, so lag schon darin die Ermächtigung für die Reichsregierung, auch dafür zu sorgen, daß die anderen Organe der öffentlichen Verwaltung einschließlich der auf sie Einfluß besitzenden Selbstverwaltungskörper auf dieselbe politische Linie eingestellt, also „gleichgeschaltet“ würden, wie unsere „technisch überfütterte“ Zeit nun zu sagen beliebt, — auf eine Linie, die der Willensänderung der Mehrheit des deutschen Volkes vom 5. März entspricht.

Auch das neue Gesetz über die Vereinfachung der Landesgesetzgebung, über die Volksvertretung in den Ländern und die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper trägt die Bezeichnung „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“. Es trägt aber nicht bloß dem eindeutig und ohne jede Nebeninstrumente feststellbaren Strom Rechnung, der am 5. März so klar zum Ausdruck kam, sondern — es sind seitdem schon vier bedeutungsvolle Wochen vergangen! — das aber sind Wochen gewesen, die nach dem erregenden Wabsturm einer kühleren Abschätzung und Bewertung der wirklichen und vermeintlichen politischen Kräfte und Strömungen im deutschen Volk Raum und Zeit gewährten. Und da hat sich gezeigt, daß manches, was selbst trotz des Ergebnisses vom 5. März der nationalen Regierung einen äußeren oder inneren Widerstand entgegenstellen zu können glaubte, doch an einer Kräfte Selbsttäuschung litt: daß die Kraft fehlte dort, wo sie noch vorgetäuscht wurde, sich selbst und den anderen. Diese vier Wochen nach der Wahl räumten so ziemlich alles hinweg, was sich noch als Phantome zu halten versuchte; auch sie hat der Sturm der nationalen Erneuerung weggeblasen.

Darum zieht das Gesetz über die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich nur die selbstverständlichen Folgerungen aus dem, was ist. Im rasenden Tempo der Entwicklung, das die Dinge eingeschlagen haben, erscheint es schon fast „historisch“, daß es — obwohl doch erst zwei Monate seitdem vergangen sind — einmal Länder gab, deren Regierungen aus parteipolitischen Gründen eine ganz unerbürdete Obstruktion gegen den Strom richteten, der am 30. Januar, mit der Ernennung der neuen Reichsregierung, im Reich die brüchigen Dämme weggesägt hatte, mit denen man ihn „regulieren“ wollte. Es ist all denen recht schlecht bekommen, die in sich selbsttätiger Überschätzung der eigenen Kraft und Bedeutung sich dieser nationalen Naturgewalt entgegenstellten. Sie wurden einfach weggeschwemmt. Unter ihren Füßen wich der Boden. Sie sind die Menschen von gestern, und man braucht ihnen heute schon deswegen keinen Blick zu schenken, weil wir nur vorwärts und immer nur vorwärts zu schauen haben. Diesem Ergebnis des 5. März und der darauffolgenden Entwicklung trägt das neue Gesetz ganz klare Rechnung bis in die letzte Gemeinde hinein. Es gibt den Ländern, was der Länder, den Gemeinden, was der Gemeinden ist. Genau so wie sich die Reichsregierung durch das Ermächtigungsgesetz die Vollmachten übertragen ließ, zu dem nicht bloß der Vollziehenden, sondern auch der Gesetzgebenden Gewalt zu sein, wird in dem neuen Gesetz diese Vollmacht auch den Landesregierungen zuerkannt, und zwar mit der ausdrücklichen, aus jenem Ermächtigungsgesetz sich ergebenden Bestimmung, daß die von den Landesregierungen beschlossenen Gesetze auch von der Landesversammlung abzuweichen dürfen. Und entsprechend der jetzigen Zuständigkeit der Reichsregierung bedarf es auch für Staatsverträge der Länder nicht der Zustimmung ihrer parlamentarischen Körperschaften, die ja, ebenso wie der Reichstag, als solche nicht berührt werden dürfen.

Und schließlich erfolgt eine Gleichschaltung auch in den letzten Zellen der öffentlichen Gewalt, den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern. Sie sind sämtlich aufgelöst; ihre neue Zusammenfassung erfolgt einfach nach dem Ergebnis des 5. März und auf vier Jahre. Genau wie im Reichstag und im neuen Preussischen Landtag bleiben dabei die Stimmen unberücksichtigt, die für die kommunalistische Partei abgegeben sind. Daß dabei die Gesamtzahl der Mitglieder in den gemeindlichen Parlamenten eingeschränkt wird, dürfte wohl überall nur lauten Beifall finden.

Nationale Erhebung, — das ist nicht bloß ein Ziel, sondern eine Aufgabe von größter Schwere und Bedeutung. Und die in dem neuen Gesetz durchgeführte Gleichschaltung des politischen Willens in den Ländern und Gemeindevertretungen mit dem Reich ist nicht etwa

## Der Hammer des Boykotts

Dr. Goebbels über Ursache und Ziele des Abwehrkampfes.

Am Sonnabend um 15 Uhr versammelten alle Arbeiter und Angestellten jüdischer Geschäfte in Berlin ihre Arbeitsstätten. Vor den Betrieben fanden Kundgebungen gegen die jüdische Greuelthat im Ausland statt. In zahllosen geschlossenen Zügen marschierten dann Arbeiter und Angestellte zum Lustgarten, wo eine Kundgebung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation stattfand. Mehr als hunderttausend Personen füllten den Lustgarten. Neben den zahlreichen Fahnenkreuzzügen sah man Hunderte von Transparenten mit der Angabe der einzelnen Betriebszellen. Reichsminister Goebbels, der in Begleitung des Prinzen August Wilhelm und einiger SS-Leute erschien, wurde von der Menge außerordentlich gefeiert.

In einer längeren Ansprache ging Dr. Goebbels auf die Ereignisse seit dem 30. Januar ein. Er betonte den Willen des deutschen Volkes, sich dem Werk des Aufbaus und der

Reform der deutschen Nation an Haupt und Gliedern widmen zu wollen. Nichts liege uns ferner, als ein Kriegsgedanke. Aber das, was wir seit langem erwarteten, ist jetzt eingetreten. Die feigen Saboteure der deutschen Freiheit, die 14 Jahre lang ihr vernichtendes Werk am deutschen Volk ungestraft betreiben konnten, das Kriegsdienstverweigerer, die Defaistiken, die Schänder unserer Ehre und die Mörder unserer Arbeiterfreiheit, alle die wurzellosen jüdischen Nomaden, die die nationale Ehr Deutschlands mit Füßen traten und das Ansehen an unsere Gefallenen schändeten, versuchen in der ganzen Welt den guten deutschen Namen der öffentlichen Berachtung preiszugeben. Wir haben ihnen und ihren Passagieren, die noch in Deutschland ein unverändertes Recht genießen, eine Nachsicht und Weisheit zuteil werden lassen, auf die sie gar keinen Anspruch haben.

Aber das Volk stand auf und erklärte, die Regierung Hitler ist unsere Regierung. Wer diese Regierung angreift, greift das deutsche Volk an und wenn die jüdische Rasse draußen in der Welt die Schuttpagne gegen Deutschland betreibt in der Meinung, sie wäre vor unserem Zugriff gesichert, dann wollen wir ihr die Überzeugung einhämmern, daß wir uns an die halten, die wir lassen

können. Der Boykott ist mit fählerer Wucht, aber auch mit imponierender Manneszucht durchgeführt worden.

Das deutsche Volk hat sich von der jüdischen Rasse abgesetzt. Am Sonntag, Montag und Dienstag geben wir dem Weltjudentum Zeit und Gelegenheit, zur Einsicht zu kommen.

Unsere Aktionskomitees bleiben bestehen. Sie arbeiten weiter an der Organisation des Boykotts, und zwar so, als wenn er am Mittwoch, um 10.00 Uhr wieder einsetzte. Nimmt das Judentum seine Vernunft an, dann werden wir am Mittwoch

mit dem Hammer des Boykotts zuschlagen, daß die wirtschaftliche Existenz des Judentums in Deutschland binnen einer Woche vernichtet ist. Hitler hat uns den Weg zur Macht gewiesen, Hitler wird uns den Weg weisen zu neuer Kraft und Stärke des Reiches und zu neuer Einheit des deutschen Volkes.

## Die Anordnungen für eine etwaige Wiederaufnahme des Boykotts

Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykottthaten teilt mit:

1. Durch Anordnung der Reichsparteileitung und des Zentralkomitees wurde der Boykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte usw. bis Mittwoch, den 5. April, vormittags 10 Uhr, ausgesetzt. Damit ist der frühere Zustand wieder hergestellt. Plakate, Aufklebettel usw., die mit dem Boykott zusammenhängen, sind zu entfernen.

2. Der Boykott ist erst dann wieder aufzunehmen, wenn vom Zentralkomitee die Weisung hierzu an die örtlichen Aktionskomitees ergeht.

3. Dessenungeachtet haben die Aktionskomitees die Vorbereitungen so zu treffen, daß auf Weisung der Boykott zur festgesetzten Zeit wieder aufgenommen und planmäßig durchgeführt werden kann.

4. Um eine Einheitlichkeit der Abwehraktion herbeizuführen, wird für den Fall der Wiederaufnahme des Boykotts bestimmt, daß an jüdischen Geschäften Plakate anzubringen sind mit der Aufschrift „Jude!“ und an deutschen Geschäften mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“, gez. Streicher.“

## Dr. Frid fordert eiserne Disziplin.

Der Reichsminister des Innern Dr. Frid hat einen Rundbrief betr. Wahrung der Disziplin an die Dienststellen seines Geschäftsbereichs gerichtet, der den übrigen obersten Reichsbehörden mit der Bitte um entsprechende Anordnung zugegangen ist. In dem Erlaß heißt es u. a.:

Auch im Reichsdienst mehrten sich leider die Fälle, in denen Beamte Versäumnisse über ihre Vorgesetzten oder Anzeigen gegen sie unmittelbar beim Minister anbringen, mitunter sogar andere Stellen der Reichsregierung zur Einwirkung auf ihre Ministerien ersuchen. Gegenüber Eingaben dieser Art stelle ich völlig den Standpunkt, den der Herr Reichskommissar für das preussische Ministerium des Innern für seinen Geschäftsbereich bekanntgegeben hat. Wie er mir billige ich ein solches Verhalten aufs schärfste. In den gegenwärtigen schweren Notzeiten hat sich der Beamte durch verlässliche Dienstleistung und eiserne Disziplin auszuzeichnen und nicht seine Aufgabe darin zu sehen, seine Vorgesetzten zu kritisieren und damit ihre Autorität zu untergraben und zu erschüttern.

Vornehmlich von den Beamten, die mit ihrer Absetzung hinter der Regierung des Reichsministers Adolf Hitler stehen, erwarte ich mit aller Bestimmtheit, daß sie diese Mahnung im besonderen Maße beherzigen und darüber hinaus der übrigen Beamenschaft in Pflichttreue, Leistung und Disziplin als Vorbild dienen. Die Mitgliedschaft bei den nationalen Parteien gibt den Beamten nicht mehr Rechte, sondern nur höhere Pflichten. Wer den Befehlen und Anordnungen der von mir eingesetzten oder im Amt belassenen Vorgesetzten nicht in jeder Richtung gehorcht, verweigert damit auch mir gegenüber den Gehorsam.

Wir eine Umgestaltung äußerer Formen. Was sie will und was die sonstigen Maßnahmen der Reichsregierung wollten und immer nur wollen, ist eine Zusammenfassung und Gleichrichtung vor allem der inneren Kräfte jedes einzelnen und des ganzen Volkes auf dasselbe Ziel: Einpar mit Deutschland!

## Wiederherstellung des Ehrentitels „Deutscher Bauer“.

Die Einheitsorganisation des deutschen Bauernturns.

Durch den Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist nunmehr auch in den wirtschaftspolitischen Berufsorganisationen der Weg zu einer grundlegenden Neugestaltung frei. Eine große wirtschaftspolitische Einheitsorganisation des gesamten deutschen Bauernturns steht bevor. Am 4. April versammeln sich, wie die Agrarpolitische Pressestelle des Gaues Groß-Berlin der NSDAP, mitteilt, die Vertreter aller landwirtschaftlichen wirtschaftspolitischen Organisationen zur ersten Besprechung, die der Verwirklichung des gemeinsamen Zieles dienen soll. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Mehrheit des Bauernturns zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekennet und auch der größte Teil der Mitglieder aller Bauernorganisationen heute nationalsozialistisch fühlt.

So wird aus allen deutschen Gauen von den Bauern die Forderung nach einer nationalsozialistischen Führung in der neuen Einheitsorganisation erhoben. Es ist der dringende Wunsch laut geworden, den Leiter des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, Walter Darré, zum Führer der geplanten großen Organisation des deutschen Bauernturns zu machen. Verwiesen wird auf die Verdienste Darrés bei der Mobilisierung des deutschen Bauernturns. Darré sei es gewesen, der mit jähiger Energie um die Wiederherstellung des Ehrentitels „Deutscher Bauer“ gekämpft habe. Darüber hinaus habe Darré seit langem die Wege gewiesen, die zur Wiederaufrichtung der Landwirtschaft notwendig seien.

## Die Agrarforderungen der NSDAP.

In München versammelten sich die landwirtschaftlichen Gauverbände der NSDAP, um von dem Leiter des Amtes für Agrarpolitik der Reichsleitung der NSDAP, Darré, über die augenblickliche politische Lage unterrichtet zu werden. Darré behandelte auch die in Aussicht genommenen Einigungsverhandlungen der deutschen Bauernorganisationen zu einer